

# Initiative **M**ehrheits**W**ahlrecht und **D**emokratiereform

Medieninformation

## **Demokratiefbefund 2012 präsentiert: Vertrauen in Politik weiterhin auf beunruhigend tiefem Niveau!**

Das Vertrauen in die österreichische Politik bewegt sich auch 2012 auf demokratiepolitisch beunruhigend niedrigem Niveau.

So hat sich die Beurteilung des Zustandes der österreichischen Demokratie aus Expertensicht laut IMWD-Umfrage 2012 gegenüber 2011 nochmals leicht verschlechtert – nach dem Schulnotensystem von 2,83 auf 3,13 – also auf ein bestenfalls „befriedigend“; das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik ist 2012 gegenüber 2011 auf nahezu demselben niedrigen Stand geblieben. 72 Prozent (2011: 75 %) vertrauen laut OGM-Exklusivumfrage der Politik weniger bis gar nicht, bei den PolitikerInnen sind es gar 80 % (2011: 82 %). Bei 71 % (2011: 75 %) ist das Vertrauen in die Politik in den letzten fünf Jahren gesunken.

Diese alarmierende Befindlichkeit kommt aus zwei Exklusiv-Umfragen für den Demokratiefbefund 2012 hervor, den die Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform (IMWD) mit ihrem Sprecher, dem früheren Nationalratspräsidenten Univ.Prof. Heinrich Neisser am Freitag, 28. September 2012 zum zweiten Mal vorlegte. Dieser Demokratiefbefund wird alljährlich rund um den Verfassungstag – am 1. Oktober 1920 trat bekanntlich die österreichische Bundesverfassung in Kraft – präsentiert und soll Aufschluss über die Entwicklung und Perspektiven der österreichischen Demokratie geben.

### Hauptproblemfelder und positive Entwicklungen

Zu großer Stillstand und mangelnder Anstand, also Reformverweigerung und Korruption, sowie unzureichende europapolitische Kommunikation werden als die größten Problembereiche des letzten Jahres angesehen. Es sind aber auch positive Entwicklungen wie die Parteien- und Medientransparenzgesetze, die verschärften Anti-Korruptionsbestimmungen, der runde Tisch ORF, die Entscheidung zur Schaffung von Landesverwaltungsgerichten und eine verstärkte Diskussion über direkte Demokratie und Wahlrecht zu vermerken.

### Ergebnisse der ExpertInnen-Befragung

Für den „Demokratiefbefund 2012“ wurden im August 2012 wie im vergangenen Jahr Expertinnen und Experten aus Österreich mittels eines einheitlichen Fragebogens befragt.

Alles in allem bewerten die befragten ExpertInnen die österreichische Demokratie insgesamt in einem Schulnotensystem weiterhin mit einem „Befriedigend“: Als Mittelwert ergibt sich eine Note von 3,13, was eine geringfügige Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr (2,83) bedeutet.

Im Vergleich der Demokratie in Österreich zur Demokratie in anderen Staaten wird die Demokratie in der Schweiz (1,65), in Deutschland (2,16) und in Großbritannien (2,47) weiterhin wesentlich besser beurteilt.

Am schlechtesten beurteilt wird die Politik in Bezug auf Föderalismusreform (4,47), Verwaltungsreform (4,16), Reform der Landesverteidigung (4,07), Pensionsreform (3,96) und Bildung (3,86).

Als die wichtigsten Maßnahmen zur Demokratiereform werden auch 2012 die Entpolitisierung des ORF (1,47), die Stärkung der unabhängigen Justiz (1,53), eine höhere Transparenz der Parteienfinanzierung (1,64), der Ausbau der politischen Bildung (1,64), die Personalisierung des Wahlrechts (2,05) und der Ausbau der direkten Demokratie (2,34) genannt.

Die befragten Expertinnen und Experten schätzen allerdings die Chancen der Realisierung der Maßnahmen zur Demokratiereform vor der nächsten Nationalratswahl im Herbst 2013 als durchwegs niedrig ein.

Die Chance der Einführung eines Mehrheitswahlrechts wird mit 4,51 am niedrigsten eingeschätzt, obwohl es mit 2,79 als wichtige Maßnahme gut bewertet wird.

Im Hinblick auf zivilgesellschaftliche Initiativen bzw. Neugründungen politischer Parteien wird eine nachhaltige Verbesserung der Demokratie in Österreich auf längere Sicht vor allem von zivilgesellschaftlichen Initiativen erwartet (2,18), während die Wirkung neuer Parteien im Parlament neutral beurteilt wird (3,0).

Hinsichtlich von Regierungskonstellationen, die den Zustand der Demokratie in Österreich verbessern bzw. verschlechtern, werden schließlich „Kleine Koalitionen“ aus SPÖ oder ÖVP und einer anderen Partei (2012: 2,62, 2011: 2,48) und Alleinregierungen (2,74, allerdings schlechter als 2011: 2,47) weiterhin wesentlich besser beurteilt als Allparteienkoalitionen (2012: 4,09, 2011: 4,14), die „Große Koalition“ aus SPÖ und ÖVP (3,49, damit allerdings besser als 2011: 3,76) und Drei- oder Mehrparteienkoalitionen (2012: 3,43, 2011: 3,42).

Auf Basis dieses Befundes stellt die Initiative folgende Forderungen:

**Kurzfristig bis zur Nationalratswahl 2013 umzusetzende Maßnahmen (Forderungskatalog 2012/2013-Minimalerfordernisse)**

- Erleichterung bei Volksbegehren
- Ausbau der persönlichkeitsorientierten Elemente im Wahlrecht
- Klare Spielregeln für parlamentarische Untersuchungsausschüsse
- ORF: zumindest Neugestaltung des Stiftungsrates
- Wesentliche Intensivierung der Europakommunikation

Außerdem erwartet die Initiative, dass in den Wahlprogrammen der politischen Parteien klare Aussagen zur Zukunft der Demokratie und zur Demokratiereform enthalten sind und wird einen Fragenkatalog samt Antworten veröffentlichen.

## Forderungskatalog 2013-2018

- Umfassende Demokratiereform mit den Elementen Wahlrecht, Ausbau der direkten Demokratie und Stärkung des Parlamentarismus (sofortige Einsetzung einer parlamentarischen Enquetekommission zu Beginn der neuen Legislaturperiode mit verpflichtendem Zeitplan), wobei wir eine ernsthafte Befassung mit den Fragen des Mehrheits- und Persönlichkeitswahlrechtes erwarten
- Funktionelle und nachhaltige Erneuerung des Parlamentsgebäudes, um als zentrales und repräsentatives Forum der österreichischen Demokratie auch im 21. Jahrhundert dienen zu können
- Konzertierte Dialog- und Informationsoffensive zu Europafragen – stärkere Rolle des Parlaments
- Fördernde Rahmenbedingungen zur Stärkung von Unabhängigkeit, Vielfalt und Qualität der Medien in Österreich, da diese systemrelevant für die Demokratie sind – Printmedien, private Radio- und TV-Anbieter, Internet
- Umsetzung des „Rahmenplans für eine Neugründung des ORF“, wie er in der ersten Sitzung der „Ostermayer-Kommission im Bundeskanzleramt von Kurt Bergmann den Mediensprechern der fünf im Parlament vertretenen Parteien übergeben wurde.
- Intensivierung der politischen Bildung, deren Bedeutung durch die neuen digitalen Möglichkeiten und die zu erwartende stärkere Nutzung der Elemente der direkten und partizipativen Demokratie noch höheren Stellenwert erlangt
- Umsetzung der jahrzehntelang versprochenen und verschleppten Föderalismusreform – Reformföderalismus – Ländermitwirkung an der Bundesgesetzgebung (Bundesratsreform – Landtage, Landesregierungen)
- Integration der brieflichen und digitalen Möglichkeiten in das demokratische System, z.B.: Onlinesammelsysteme und Briefabstimmungsmöglichkeiten für Bürgeranfragen, Petitionen, Volksbegehren, Volksbefragungen, Volksabstimmungen und bei der europäischen Bürgerinitiative, verantwortungsbewusster Umgang mit Web 2.0-Demokratie, wie u.a. liquid democracy und open government

Rückfragen: Herwig Hösele, +43 664/18 17 481 bzw. [h.hoesele@mehrheitswahl.at](mailto:h.hoesele@mehrheitswahl.at)